

Baugenehmigungen weit hinter Bedarf: BFW fordert staatliche Prämie für Selbstnutzer

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de

Berlin, 17. März 2016 – Im Jahr 2015 ist die Zahl der Baugenehmigungen insgesamt um 8,4 Prozent auf 309.000 Wohnungen in Neubau und Bestand gestiegen. „Dieser Anstieg kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vom eigentliche Neubaubedarf von jährlich 400.000 Wohnungen meilenweit entfernt sind“, kommentiert Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V., die heute veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Die Analyse der einzelnen Segmente zeigt: Beim Neubau von Eigentumswohnungen ist die Dynamik komplett zum Erliegen gekommen. Während hier das Wachstum im vergangenen Jahr noch bei 8,8 Prozent lag, ist die Zahl der errichteten Wohneinheiten nun um 2,2 Prozent gesunken. Auch beim Neubau von Wohnungen in Mehrfamilienwohnhäusern ist die Wachstumsdynamik abgeflacht: Hier betrug das Wachstum nur 6,9 Prozent gegenüber 8,8 Prozent im Vorjahreszeitraum.

„Es wird immer deutlicher, dass die Fokussierung allein auf den Mietwohnungsbau falsch ist. Die Politik unterschätzt die positiven Effekte von selbstgenutztem Eigentum auf den Mietwohnungsmarkt“, sagt Ibel. „Mit einer Wohnungsfreizugsprämie könnte man hier Abhilfe schaffen: Denn wenn die Nachfrage nach Wohneigentum steigt, werden zugleich dringend benötigte Mietwohnungen frei. Diese könnten insbesondere Geringverdiener oder Zuwanderer beziehen, da der Mietpreis aufgrund der Mietpreisbremse kaum erhöht werden kann.“

Die Beschränkung der Sonderabschreibung auf Mietwohnungen sei demnach nicht sinnvoll und solle auch auf Eigentumswohnungen ausgedehnt werden, so Ibel: Diese Zulage könnte die Eigenkapitalbasis der künftigen Bauherren oder Wohnungskäufer stärken und dadurch das Angebot freier und bezahlbarer Wohnungen schlagartig erhöhen. Schließlich helfe jede neu errichtete Wohnung, den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.